



Sabine Dittmar
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin kompakt

Berlin, 03.12.2013

Sabine Dittmar, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71810
Fax: +49 30 227-76811
sabine.dittmar@bundestag.de
www.sabine-dittmar.com

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: +49 971-6994949
Fax: +49 971-6994950
kontakt@sabine-dittmar.com

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist der erste Newsletter „Berlin kompakt“, den ich als neue Bundestagsabgeordnete in der 18. Legislatur für Sie online stelle. Zwar haben wir noch keine regulären Sitzungswochen, dennoch liegen schon etliche Informationen und Beschlüsse vor, die ich Ihnen als informative Lektüre nicht vorenthalten möchte.

Künftig werde ich Sie immer nach einer Sitzungswoche über aktuelle Beschlüsse und Entwicklungen auf meiner Homepage informieren. Einmal im Quartal wird es zudem eine ausführlichere Ausgabe von „**Berlin aktuell**“ geben. Hier erfahren Sie auch alles über meine Arbeit und meine Termine im Wahlkreis.

Natürlich gilt grundsätzlich: Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte jederzeit an mich oder meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Nun wünsche ich Ihnen eine schöne Adventszeit,

Ihre

Sabine Dittmar



KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Deutschlands Zukunft gestalten

Die SPD hat in dem nun vorgelegten Koalitionsvertrag mit der Union eine deutliche Handschrift hinterlassen. In den wichtigsten Punkten konnten sich die Sozialdemokraten durchsetzen, insbesondere beim Mindestlohn.

Gesetzt den Fall, dass das Mitgliedervotum der SPD-Basis positiv ausfällt, sollen etliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer kommen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde von 2015 an eingeführt, von 2017 an überall geltend. Mehr als fünf Millionen Menschen wird es damit deutlich besser gehen. Auch die Tarifbindung wird gestärkt, und damit gibt es bessere Tariflöhne.

Es soll gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben – das war von fundamentaler Bedeutung für die SPD-Fraktion. Auch die Werksvertragsflut würde eingedämmt.

Verbesserungen bei der Rente

Die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (mit Arbeitslosigkeit) soll kommen. Für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren. Diese Positionen sind Originalforderungen von den Gewerkschaften und somit mit diesen im Einklang.

Verbessert würde auch die Erwerbsminderungsrente. Es soll einen konkreten Fahrplan für die Angleichung der Renten in Ost und West geben sowie eine Mindestrente von rund 850 Euro für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen.

Durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten wird es mehr Gleichberechtigung für Frauen geben.

Die Energiewende könnte verträglich und bezahlbar vorangetrieben werden. Sie ist die größte technologische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung. Wenn sie gelingt, macht sie uns alle unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas. Wir schaffen so nochmals hunderttausende neuer Arbeitsplätze und machen Deutschland zum Vorreiter im internationalen Klimaschutz.



Investitionen in die Bildung

Das Thema Bildung war für die SPD von größter Bedeutung. Als Erfolg für die Sozialdemokraten ist darum zu verbuchen, dass es künftig 6 Milliarden Euro mehr geben soll für Kitas, Schulen und Hochschulen.

Auch die Kommunen müssen gestärkt werden, und auch das würde kommen: 5 Milliarden Euro bekommen sie mehr. Es wird eine Mietpreislösung geben und viel mehr Mittel für den Städtebau. Die Kommunen werden nicht mehr allein gelassen.

Auch die Verkehrsinfrastruktur soll mit 5 Milliarden Euro weiter stabilisiert und ausgebaut werden.

4 Milliarden Euro sollen investiert werden, um die Pflege und Menschen in Pflegeberufen zu unterstützen.

Endlich käme auch die Abschaffung des Optionszwanges für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder.

Nicht zuletzt aus Gerechtigkeitsgründen müssen Finanzspekulationen stärker besteuert werden – das könnte nun geschehen. Die SPD hatte das immer gefordert und kann es bei einer positiven Entscheidung umsetzen. Die Finanzmärkte würden ab sofort viel stärker reguliert. Einhergehend damit erfolgt die dringend notwendige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sagte bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages: "Alle SPD-Ministerpräsidenten und alle Mitglieder der Verhandlungsgruppe der SPD haben gestern Nacht den Entwurf eines Koalitionsvertrags gebilligt. Denn bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und Schritt für Schritt Verbesserungen durchzusetzen, ist die Aufgabe der SPD seit 150 Jahren. Dieser Aufgabe wird sie sich mit großem Selbstbewusstsein auch heute stellen."



PLENUM

Bundestag setzt Hauptausschuss ein

Dem so genannten Hauptausschuss werden je 47 ordentliche und stellvertretende Mitglieder angehören, von denen CDU/CSU 23, die SPD-Fraktion 14, die Linke und die Grünen je fünf Abgeordnete entsenden (Drs. 18/101). Das Präsidium des Bundestags wird den Ausschuss leiten. Im Präsidium sind auch Vertreter der eventuellen Oppositionsfraktionen.

Die Zuständigkeiten des Hauptausschusses werden durch Überweisungen des Plenums des Bundestags begründet; der Ausschuss ist Ausschuss im Sinne von Artikel 45, 45a und 45c Grundgesetz.

Sprecherin der SPD-Abgeordneten ist Christine Lambrecht.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte in der Debatte zur Einsetzung des Ausschusses: "Wir bitten um Verständnis, dieser Ausschuss hat auch damit zu tun, dass die SPD erst ihr Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag abwarten muss". Es sei unverhältnismäßig, jetzt 22 Ausschüsse zu bilden, wenn womöglich in zwei oder drei Wochen alles wieder geändert werden müsse. Oppermann verwies darauf, dass dieser Mitgliederentscheid ein "demokratisches Experiment" sei, eine Bereicherung für die Demokratie.

NSA-DEBATTE

Steinmeier: Wir brauchen ein Völkerrecht im Netz

Die große zivilisatorische Leistung des 20. Jahrhunderts bestand in der Gründung der Uno, der Etablierung des Völkerrechts. Das 21. Jahrhundert fordert neue Leitplanken, sagte Frank-Walter Steinmeier bei der Debatte um die Ausspähungen der NSA. Unterschiedliche technische Möglichkeiten müssten in Recht übersetzt werden.

Der Bundestag hat sich nun mit den Folgen der NSA-Affäre und den massiven Ausspähungen durch die Amerikaner befasst.

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) hatte bereits in einer Regierungserklärung zuvor, bekräftigt, dass es sich hier um einen gravierenden Vertrauensbruch seitens der US-Regierung handelt.



SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier machte deutlich, dass er nicht bereit sei, sich mit ein paar Formeln des Bedauerns zufriedenzugeben. Die Aufklärung dürfe "nicht in die ferne Zukunft" verschoben werden. Das sei auch geboten, weil Vertrauen ein fester Bestandteil des transatlantischen Bündnisses sei. Was da geschehen sei, "gehört sich nicht".

Es gelte, Fragen aufzuklären: Auf wen bezogen sich die Ausforschungen? Wurden auch andere Politiker ins Visier genommen? Steinmeier: "Auf Misstrauen lässt sich keine Zukunft bauen."

Die Herausforderung sei es nun, zu klären, wie "in einer digital vernetzten Welt Freiheit und Sicherheit in das richtige Lot gebracht werden können". Internet sei zwar ein elementares Grundrecht, aber "nicht alles, was technisch möglich ist, ist auch rechtlich erlaubt oder politisch klug." Spionage unter Freunden könne man nicht mit einem Schulterzucken hinnehmen.

Es bedürfe nun eines Völkerrechts im Netz, das unterschiedliche technische Möglichkeiten in Recht übersetzt.

Regierung war zuvor "grenzenlos naiv"

SPD-Innenexperte Thomas Oppermann betonte, es sei enorm wichtig, die deutschen Unternehmen, etwa in der Forschung, stärker vor Spionage zu schützen. Darüber hinaus müsse mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, um eben die Unternehmen effektiver schützen zu können.

Es sei richtig, dass die Bundesregierung nun ein Antispionageabkommen verhandelt. Das jedoch müsse auch der Überwachung der privaten Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger Schranken setzen. Denn es sei, sagte er mit Blick auf die amtierende Regierung, noch immer nicht geklärt, was das Programm Prism alles könne und wie weit die deutsche Bevölkerung ausgespäht worden sei. Den anfänglichen Glauben der Regierung an die Beteuerungen der NSA nannte Oppermann "grenzenlos naiv". Selbst der US-Kongress zweifle, ob die NSA noch steuerbar sei.

Die USA seien der wichtigste Bündnispartner, aber das sei eben nicht vereinbar mit Ausforschungen. Für den Whistleblower Edward Snowden gelte es, eine "humanitäre Lösung" zu finden. Oppermann steht einer Befragung Snowdens in Russland positiv gegenüber.



FAMILIE

Länder bekommen mehr Zeit für Kita-Ausbau

Die Bundesländer können die Bundesmittel für den Kita-Ausbau bis 2014 abrufen. Das hat der Bundestag heute beschlossen. Eine Qualitätsoffensive soll folgen.

An letzten Donnerstag hat der Bundestag über den vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf beraten, der die Beantragungsfristen von Finanzhilfen durch die Länder für den Kitauasbau verlängern soll. Am Abend wurde der Gesetzentwurf von allen Fraktionen angenommen. Die Länder hatten zuvor signalisiert, dass sie es nicht schaffen werden, bis zum 31. Dezember 2013 alle Mittel abzurufen, die sie für den Ausbau der Kindertagesbetreuung abrufen können. Die Länder haben dann Zeit bis Mitte 2016, neue Betreuungsplätze zu schaffen. Der Bundesrat hatte die Gesetzesinitiative mit Problemen beim Kita-Ausbau vor allem in größeren Städten und Ballungsräumen begründet, in denen seit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für ein- und zweijährige Kinder neuer Bedarf an Plätzen sichtbar geworden ist. Mit der Fristverlängerung können die Länder nun weitere Betreuungsplätze schaffen.

Personalausstattung soll verbessert werden

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD nun vereinbart, den Fokus bei der Kindertagesbetreuung nach dem Ausbau auf die Qualität zu legen. Die Personalausstattung soll verbessert werden und Erzieherinnen und Erzieher Weiterbildung in Anspruch nehmen können. Dem Thema der Sprachbildung soll in Kitas künftig mehr Bedeutung zukommen.



AUSSENPOLITIK

UNMISS und UNAMID verlängern

Die amtierende Bundesregierung hat am 20. November 2013 die Verlängerung der beiden Sudan-Mandate UNMISS (United Nation Mission in South Sudan) und UNAMID (African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur) um zwölf Monate bis zum 31. Dezember 2014 beschlossen. Wie bisher beträgt die Obergrenze bei beiden Mandaten je 50 Soldatinnen und Soldaten. In beiden Fällen ist die Zustimmung des Bundestages erforderlich. Zuletzt beteiligten sich 16 Soldaten und fünf Polizisten an UNMISS und neun Soldaten sowie vier Polizisten an UNAMID.

Kernaufgaben der am 8. Juli 2011 vom VN-Sicherheitsrat eingerichteten UNMISS-Mission sind die Unterstützung der Regierung bei der Friedenskonsolidierung und dadurch längerfristig des Staatsaufbaus sowie der wirtschaftlichen Entwicklung. UNMISS unterstützt weiterhin die Gewährleistung von Sicherheit, Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Stärkung des Sicherheits- und Justizsektors.

Das deutsche Engagement ist Teil der langjährigen Bemühungen um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Südsudan und in der Region. Deutschland unterstützt hierbei insbesondere, auch im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außenpolitik, die politischen Bemühungen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zur Beilegung der noch offenen Streitfragen zwischen Sudan und Südsudan sowie die friedliche Koexistenz beider Staaten.

Knapp zweieinhalb Jahre nach seiner Unabhängigkeit steht Südsudan weiter vor großen und vielfältigen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist von extremer Unterentwicklung geprägt. Humanitäre Notlagen sowie eine fragile Sicherheitslage prägen das Bild in verschiedenen Regionen des Landes. Der Aufbau der staatlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur Südsudans sowie die politische Stabilisierung bedürfen weiterhin intensiver Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.



AUFRUF

Katastrophe auf den Philippinen

Der Taifun "Haiyan" hat die Philippinen mit voller Wucht getroffen: Tausende Menschen sind in Folge des Sturms ums Leben gekommen, Millionen Philippiner haben ihr Hab und Gut verloren. Helfen Sie jetzt den Betroffenen mit einer Spende!

Der tropische Wirbelsturm „Haiyan“ hat in dem asiatischen Inselstaat eine Spur der Verwüstung hinterlassen: Zahllose Häuser, ganze Städte und Dörfer wurden zerstört, Straßen sind unpassierbar, und nur langsam können die Hilfsorganisationen auch die entlegenen Gebiete mit Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgen. Die Philippinen sind konfrontiert mit der größten humanitären Katastrophe in ihrer Geschichte und brauchen für deren Bewältigung und den Wiederaufbau des Landes weiterhin dringend Hilfe.

Das Ausmaß der Verwüstungen durch den Taifun ist verheerend und wird Tage, nachdem der Sturm auf das Land traf, immer deutlicher. Nach Schätzungen sind mehr Philippiner als bisher vermutet ohne Obdach, mehrere Tausend Menschen starben in Folge des Wirbelsturms und noch immer werden zahlreiche Menschen vermisst. Gerade in entlegenen Regionen läuft die Hilfe nur schleppend an und die Menschen dort leiden weiterhin an Wasser- und vor allem Nahrungsmittelmangel. Und auch die Lage in den teils erheblich zerstörten und überfüllten Krankenhäusern ist nach wie vor besorgniserregend.

Helfen Sie mit einer Spende!

Die Menschen in den betroffenen Gebieten des Inselstaates brauchen dringend Hilfe. Das Land, in dem mehr als 30 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben, steht vor der Mammutaufgabe, diese Katastrophe zu bewältigen, Hilfe bleibt weiterhin nötig.

Helfen daher auch Sie mit einer Spende für die Opfer der Naturkatastrophe!

Ihre Spenden können Sie zum Beispiel richten an:

Deutsches Rotes Kreuz

Spendenkonto 41 41 41

Bank für Sozialwirtschaft



BLZ 370 205 00

Stichwort: "Wirbelsturm"

Aktion Deutschland Hilft

Spendenkonto 10 20 30

Sozialbank

BLZ 370 205 00

Stichwort: „Taifun Haiyan“

Caritas international

Spendenkonto 202

Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe

BLZ 660 205 00

Stichwort "Philippinen"

Diakonie Katastrophenhilfe

Spendenkonto 502 502

Evang. Darlehensgenossenschaft

BLZ 2106 0237

Stichwort "Philippinen"